



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw, Martin Böhm, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Islamistischen Extremismus bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die feige Ermordung des Geschichtslehrers in Conflans-Sainte-Honorine. Der Landtag stellt fest, dass dies nicht nur einen Angriff auf die Meinungs- und Lehrfreiheit, sondern das gesamte westliche Selbstverständnis darstellt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Bekämpfung des Islamismus in enge Abstimmung mit dem europäischen Partnerland Frankreich zu treten.

Dabei soll

- insbesondere bei der Bekämpfung der Finanzierung von islamistischen Vereinen eine enge Zusammenarbeit erfolgen, um Synergieeffekte zu erzielen,
- bei der Ausweisung von Extremisten kooperiert werden, um materielle und personelle Ressourcen zu bündeln und zu entlasten,
- sich die Staatsregierung auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die anderen Bundesländer, die Bundesregierung sowie die anderen EU-Mitgliedstaaten diese Vorgehensweise anwenden.

Begründung:

Am Freitag, den 16.10.2020, wurde ein 47-jähriger Geschichtslehrer auf feige und heimtückische Weise in Conflans-Sainte-Honorine, einem Pariser Vorort, getötet. Der mutmaßliche Täter ist als sogenannter Flüchtling in die EU gekommen, der das Zeigen der Mohammed Karikaturen der Zeitschrift Charlie Hebdo an der Schule als Anlass für die abscheuliche Tat nahm.

Präsident Emmanuel Macron rief seine Landsleute bereits zur Geschlossenheit auf, doch dies ist in Anbetracht der Häufung islamistisch motivierter Straftaten innerhalb der EU nicht ausreichend. Stattdessen müssen die Mitgliedstaaten solidarisch agieren und sich konsequent gegen Extremismus positionieren. Es muss ausgeschlossen werden, dass weitere Menschenleben durch mörderische Ideologien gefährdet werden. Aus diesem Grunde gilt es, bekannte ausländische Extremisten auszuweisen und inländische Extremisten mit voller Härte des Gesetzes zu bestrafen. Auffällige Personen müssen in diesem Zusammenhang auch mit einem EU-weiten Einreiseverbot belegt werden.

In der Prävention ist es notwendig, die Finanzierung von Vereinen, die zu Gewalt aufrufen, zu unterbinden. Hierzu ist die Kooperation von nationalen Institutionen über die Landesgrenzen hinweg notwendig, um einen schnellen und effizienten Wissensaustausch sicherzustellen. Es darf keine falschverstandene Toleranz gegenüber extremistischen Strömungen geben, die Andersdenkende sowie die Integrität der Demokratie gefährdet.